

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,

wir stehen heute wie in jedem Jahr an dieser Stelle, um den von den Hitlerfaschisten nach Solingen verschleppten und hier ermordeten Zwangsarbeitern aus Polen und aus der Sowjetunion zu gedenken.

Zwischen 1939 und der Befreiung vom Hitlerfaschismus im Jahr 1945 befanden sich insgesamt über 10 Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf deutschem Gebiet. Allein in Solingen mussten in dieser Zeit 16.000 Menschen Zwangsarbeit leisten. Mehr als die Hälfte der Zwangsarbeiter kam aus der Sowjetunion.

Die Mehrheit der sowjetischen Zwangsarbeiter wurde im Zuge des Überfalls der Nazis auf die noch junge Sowjetunion entführt. Die Menschen wurden gewaltsam ihrer Heimat entrissen und oft in Viehwagons ins Dritte Reich gebracht, dort wie auf einem Sklavenmarkt an örtliche Unternehmer und Bauern verkauft.

Unter unwürdigsten Bedingungen wurden die Zwangsarbeiter wie Tiere gehalten. Sie mussten körperliche Schwerstarbeit verrichten, sich im wahrsten Sinne des Wortes zu Tode schuften, litten oftmals Hunger und wurden in Baracken unter erbärmlichsten Umständen zusammengepfercht. Die wenigen mutigen und anständigen Antifaschistinnen und Antifaschisten, die es wagten, den Zwangsarbeitern zu helfen oder ihnen heimlich ein wenig Essen oder Medikamente zuzustecken mussten mit harten Strafen durch die NS-Justiz rechnen. Den Zwangsarbeitern war es verboten, sich bei Bombenangriffen in den Schutzkellern in Sicherheit zu bringen.

Die Unternehmen Rautenbach, Kronprinz, die Stadtverwaltung Solingen und die Zwillingswerk KG waren die vier größten Abnehmer von Zwangsarbeitern in Solingen. Durch den Einsatz der Zwangsarbeiter konnten die Unternehmen in ganz Deutschland ihren Umsatz vervielfachen. Den Zwangsarbeitern wurde kein Lohn ausgezahlt, sie bekamen lediglich so viel an Nahrung, um nicht von jetzt auf gleich tot umzufallen.

Wer aufgrund Ermüdung und Erschöpfung sowie fehlender Nahrung nicht mehr arbeiten konnte, wurde deportiert, ermordet oder verscharrt.

Die Entmenschlichung der verschleppten Arbeitsklaven aus den von Hitler überfallenen Gebieten fand erst mit der Befreiung durch den Einmarsch der US-amerikanischen Truppen am 17. April 1945 ein Ende.

Und heute? Heute sehen wir in ganz Europa ein Erstarken geschichtsrevisionistischer, rechter und faschistischer Kräfte. In Italien regiert eine rechtsextreme Koalition, angeführt von einer Bewundererin der Positionen Mussolinis. In den Niederlanden ist die Partei des rechtsextremen Gerd Wilders stärkste Kraft geworden. In Österreich bleibt die rechte FPÖ anhaltend stark. In Frankreich führt die rechtsextreme Partei rassemblement national die Umfragen an, Le Pen ist die zweitbeliebteste Politikerin im Nachbarland. Und in Deutschland selbst steigt die AfD in Umfragen in der Wählergunst weiter auf, bei der Landtagswahl in Bayern konnte die Partei die meisten Neuwähler unter den 18-25-jährigen gewinnen.

Ebenfalls in Bayern zeigt der Vorfall um Aiwanger, wie tief verwurzelt der Fremdenhass in Teilen der Bevölkerung noch immer ist. Die Tatsache, dass besagter Hubert Aiwanger offen ein antisemitisches Pamphlet geschrieben und in seiner Schulzeit verteilt hat, hat ihm offenbar keinen Schaden zugefügt – im Gegenteil: Die Freien Wähler konnten bei den Landtagswahlen in Bayern deutlich zulegen. Die Zahl rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalttaten bleibt weiterhin anhaltend hoch.

Gleichzeitig schwafelt der neue Kriegsminister Pistorius davon, Deutschland müsse wieder „kriegstüchtig“ werden. Er sagt bewusst nicht „verteidigungstüchtig“, sondern will die Menschen in Deutschland für einen neuen Krieg mobil machen. Die Gefahr eines großen Krieges sei so real wie seit dem Ende des kalten Krieges nicht mehr.

All das bereitet mir große Sorge. Viele Menschen sind zurecht von der Politik der herrschenden bürgerlichen Parteien von Union, SPD, FDP und Grünen enttäuscht, sehen sich auch einer immer größer werdenden schieren Ohnmacht von Problemen und Kriegen in Deutschland und weltweit gegenüber.

Unsere Aufgabe muss es sein, diese Menschen, die aus Protest oder Verzweiflung den braunen Rattenfängern auf den Leim gehen, für einen echten Ausweg aus Krise, Krieg und Ausbeutung zu gewinnen. Der anhaltenden Kriegshetze der olivgrünen Annalena Baerbocks, Habecks, Pistorius & Co. müssen wir den Kampf für den Frieden entgegensetzen! Dem Zeitenwende-Programm eines Olaf Scholz müssen wir entgegentreten mit der Forderung: 100 Milliarden für Soziales, Kultur und Bildung, statt für die Rüstungskonzerne von Rheinmetall & Co.!

Den hier ruhenden Zwangsarbeitern sind wir es schuldig, diese Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen und – so schwer es auch sein mag – immer wieder zu versuchen, die Menschen für echte Alternativen, abseits der Demagogie und des Geschichtsrevisionismus der Faschisten, zu gewinnen.

Ihr Vermächtnis an uns ist die immer präsente Erinnerung an die Verbrechen einer offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals, die am Beispiel der Zwangsarbeiter eindrucksvoll sichtbar gemacht worden sind.

Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass nie wieder Menschen verschleppt, gefoltert, wie Tiere gehalten und sich für die Profite des deutschen Kapitals zu Tode schuften müssen! Lasst uns gemeinsam laut werden für eine Welt ohne Kriege, ohne Ausbeutung ohne Faschismus! Den Reaktionären und Faschisten, den Imperialisten und ihren Interessenvertretern in den Parlamenten in aller Welt zum Trotz:

Nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg!